

10 K 9081/17.TR



VERWALTUNGSGERICHT TRIER

URTEIL

IM NAMEN DES VOLKES

In dem Verwaltungsrechtsstreit
des Herrn A. A. B., ***, ***,

- Kläger -

Prozessbevollmächtigte:***

g e g e n

die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Leiter des Bundesamtes für
Migration und Flüchtlinge, - Außenstelle Trier -, Dasbachstraße 15 b, 54292 Trier,

- Beklagte -

w e g e n Asylrechts (Pakistan)

hat die 10. Kammer des Verwaltungsgerichts Trier aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 5. November 2018 durch

für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird unter Aufhebung der Ziffern 1. und 3. bis 6. des Bescheides des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 26. Juni 2017 verpflichtet, dem Kläger die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen.
2. Die Beklagte trägt die Kosten des Verfahrens.
3. Das Urteil ist hinsichtlich der Kosten vorläufig vollstreckbar. Die Beklagte kann die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung in Höhe von 110 v. H. des vollstreckungsfähigen Betrages abwenden, wenn nicht der Kläger vor der Vollstreckung Sicherheit in gleicher Höhe leistet.

Tatbestand

Der Kläger begehrt die Verpflichtung der Beklagten, ihm die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen, ihm subsidiären Schutz zu gewähren sowie das Vorliegen eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 des Aufenthaltsgesetzes - AufenthG - festzustellen. Des Weiteren wendet er sich gegen die von der Beklagten verfügte Abschiebungsandrohung und die Befristung des gesetzlichen Einreise- und Aufenthaltsverbots.

Der Kläger ist pakistanischer Staatsangehöriger belutschischer Volkszugehörigkeit. Er reiste nach eigenen Angaben am 20. November 2011 auf dem Landweg in die Bundesrepublik Deutschland ein und stellte am 30. März 2017 einen Asylantrag.

Zur Begründung seines Asylbegehrens gab der Kläger bei seiner Anhörung vor dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge am selben Tag im Wesentlichen an, er sei seit 2009 Mitglied der Baloch National Movement (BNM) gewesen. Er habe Plakate aufgehängt, Flyer verteilt, Versammlungen besucht und seine Partei finanziell unterstützt. Am [REDACTED] 2010 sei eine Handgranate in sein Zimmer geworfen worden, wobei es Verletzte gegeben habe. Kurz darauf sei sein Cousin verschwunden und getötet worden, welcher Mitglied in der Baluch Student Organization (BSO) gewesen sei. Zwei bis drei Tage danach habe er Drohanrufe

vom pakistanischen Geheimdienst erhalten und sei in den Iran geflüchtet. Nach seiner Rückkehr in sein Heimatland habe er am [REDACTED] 2015 an einer Demonstration der Baluch Republican Party (BRP) teilgenommen. Zwei Tage später seien pakistanischen Streitkräfte und der Geheimdienst in sein Haus gekommen und hätten Geld und Schmuck gestohlen. Daraufhin sei er ausgereist.

Wegen der Einzelheiten seines Vorbringens vor dem Bundesamt wird auf die Anhörungsniederschrift (Bl. 79 bis 84 der Bundesamtsakte) verwiesen.

Mit Bescheid vom 26. Juni 2017 lehnte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowohl den Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft als auch den Antrag auf Asylenerkennung sowie den Antrag auf subsidiären Schutz als unbegründet ab. Des Weiteren stellte sie fest, dass Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 S. 1 AufenthG nicht vorlägen. Gleichzeitig forderte die Beklagte den Kläger auf, die Bundesrepublik Deutschland innerhalb von 30 Tagen nach Bekanntgabe der Entscheidung zu verlassen und drohte für die Nichteinhaltung eine Abschiebung nach Pakistan an. Ferner befristete sie das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot gemäß § 11 Abs. 1 des AufenthG auf 30 Monate ab dem Tag der Abschiebung.

Mit Eingang vom 6. Juli 2017 hat der Kläger Klage erhoben, mit der er sein Begehren aus dem Verwaltungsverfahren weiterverfolgt. Ergänzend trägt er vor, in Belutschistan herrsche eine Art Ausnahmezustand. Paramilitärische Einheiten übernehmen seit mehreren Jahren die Aufgaben der staatlichen Polizeikräfte. Hier in Deutschland betätige er sich exilpolitisch und nehme an Veranstaltungen teil, die Belutschistan betreffen.

Der Kläger beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Bescheides des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 26. Juni 2017, zu verpflichten, ihm die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen,

hilfsweise ihm subsidiären Schutz zu gewähren,

weiter hilfsweise, festzustellen, dass Abschiebungsverbote gem. § 60 Abs. 5 und 7 S.1 AufenthG vorliegen.

Die Beklagte beantragt schriftsätzlich,

die Klage abzuweisen.

Zur Begründung ihres Antrages stützt sie sich auf ihre Ausführungen in der angefochtenen Entscheidung. Ergänzend trägt sie vor, der Kläger sei ein einfaches Parteimitglied, welches sich nur in friedlicher Weise engagiert habe, weshalb von einem staatlichen Verfolgungsinteresse nicht ausgegangen werden könne.

Die Beteiligten haben ihr Einverständnis mit einer Entscheidung durch die Berichterstatterin erklärt.

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die Schriftsätze der Beteiligten, die Verwaltungsakten der Beklagten sowie die Unterlagen zu den Verhältnissen in Pakistan und Bezug genommen, die insgesamt Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind. Ferner wird auf das Sitzungsprotokoll Bezug genommen.

Entscheidungsgründe

Die Klage, über die die Kammer im Einverständnis der Beteiligten gemäß § 87 a Abs. 2 und Abs. 3 Verwaltungsgerichtsordnung - VwGO - durch die Berichterstatterin und trotz des Ausbleibens der Beklagten in der mündlichen Verhandlung entscheiden kann, da diese gemäß § 102 Abs. 2 VwGO darauf hingewiesen wurde, dass auch im Falle ihres Nichterscheinens verhandelt und entschieden werden könne, ist zulässig und führt auch in der Sache zum Erfolg.

Der Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 26. Juni 2017 ist, soweit sich der Kläger dagegen wendet, rechtswidrig und verletzt den Kläger in seinen Rechten, denn der Kläger hat einen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, so dass die Beklagte zu einer entsprechenden Feststellung zu verpflichten ist und die Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zur Ablehnung der Gewährung subsidiären Schutzes, zum

Nichtvorliegen von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und 7 Satz 1 AufenthG sowie die verfügte Abschiebungsandrohung und einer Befristung des gesetzlichen Einreise- und Aufenthaltsverbotes aufzuheben sind.

Der Kläger hat einen Anspruch auf Feststellung der Flüchtlingseigenschaft durch die Beklagte. Die Flüchtlingseigenschaft ist einem Ausländer nach § 3 Abs. 1 AsylG durch die Beklagte zuzuerkennen, wenn er sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe (Nr. 1) außerhalb des Landes (Herkunftsland) befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt und dessen Schutz er nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht nicht in Anspruch nehmen will (Nr. 2 lit. a) oder in dem er als Staatenloser seinen vorherigen gewöhnlichen Aufenthalt hatte und in das er nicht zurückkehren kann oder wegen dieser Furcht nicht zurückkehren will (Nr. 2 lit. b).

Als Verfolgung im Sinne des § 3 Abs. 1 AsylG gelten Handlungen, die aufgrund ihrer Art oder Wiederholung so gravierend sind, dass sie eine schwerwiegende Verletzung der grundlegenden Menschenrechte darstellen, insbesondere der Rechte, von denen nach Art. 15 Abs. 2 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten - EMRK - keine Abweichung zulässig ist (§ 3a Abs. 1 Nr. 1 AsylG) oder in einer Kumulierung unterschiedlicher Maßnahmen, einschließlich der Verletzung der Menschenrechte, bestehen, die so gravierend sind, dass eine Person davon in ähnlicher Weise wie der in Nr. 1 beschriebenen Weise betroffen ist (§ 3a Abs. 1 Nr. 2 AsylG).

Nach § 3c AsylG kann die Verfolgung ausgehen von dem Staat (Nr. 1), Parteien oder Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebietes beherrschen (Nr. 2) oder nichtstaatlichen Akteuren, sofern die in den Nr. 1 und 2 genannten Akteure einschließlich internationaler Organisationen erwiesenermaßen nicht in der Lage oder nicht willens sind, im Sinne des § 3d AsylG Schutz vor Verfolgung zu bieten, und dies unabhängig davon, ob in dem Land eine staatlicher Herrschaftsmacht vorhanden ist oder nicht (Nr. 3).

Einem Ausländer wird die Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3e Abs. 1 AsylG indes nicht zuerkannt, wenn er in einem Teil seines Herkunftslandes keine begründete

Furcht vor Verfolgung oder Zugang zu Schutz vor Verfolgung nach § 3d AsylG hat (Nr. 1) und sicher und legal in diesen Landesteil reisen kann, dort aufgenommen wird und vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich dort niederlässt (Nr. 2).

Hinsichtlich des Prognosemaßstabs ist bei der Prüfung der Flüchtlingseigenschaft – wie auch bei der des subsidiären Schutzes – der Maßstab der beachtlichen Wahrscheinlichkeit zugrunde zu legen. Die Furcht vor Verfolgung ist begründet, wenn dem Ausländer die genannten Gefahren aufgrund der in seinem Herkunftsland gegebenen Umstände in Anbetracht seiner individuellen Lage tatsächlich, d.h. mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit, drohen (vgl. BVerwG, Urteil vom 1. Juni 2011 – 10 C 25.10 –, juris m.w.N.; Urteil vom 20. Februar 2013 – 10 C 23.12 –, juris).

Aus den in Art. 4 der Richtlinie 2011/95/EU (sog. Qualifikationsrichtlinie) geregelten Mitwirkungsobliegenheiten des Asylantragstellers folgt, dass es auch unter Berücksichtigung der Vorgaben der Richtlinie Sache des jeweiligen Antragstellers ist, die Gründe für seine Furcht vor politischer Verfolgung schlüssig vorzutragen. Er ist gehalten, unter Angabe genauer Einzelheiten einen in sich stimmigen Sachverhalt zu schildern, aus dem sich bei Wahrunterstellung ergibt, dass bei verständiger Würdigung eine Verfolgung im Sinne des § 3 AsylG droht. Hierzu gehört, dass der Ausländer zu den in seine Sphäre fallenden Ereignissen, insbesondere zu seinen persönlichen Erlebnissen, eine Schilderung gibt, die geeignet ist, den behaupteten Anspruch lückenlos zu tragen. Bei der Bewertung der Stimmigkeit des Sachverhalts müssen u.a. Persönlichkeitsstruktur, Wissenstand und Herkunft des Ausländers berücksichtigt werden (vgl. BVerwG, Beschlüsse vom 21. Juli 1989 – 9 B 239.89 –, vom 26. Oktober 1989 – 9 B 405.89 – und vom 3. August 1990 – 9 B 45.90 –, jeweils juris).

Entsprechend dieser Maßgaben steht dem Kläger ein Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft zu. Dabei kann offenbleiben, ob der Kläger vor seiner Ausreise aus Pakistan bereits Verfolgungsmaßnahmen in dem oben umschriebenen Sinne ausgesetzt oder von solcher Verfolgung unmittelbar bedroht war. Auf die Beweiserleichterung gemäß § 60 Abs. 1 S. 5 AufenthG i.V.m. Art. 4 Abs. 4 QRL kommt es vorliegend nicht an, da der Kläger als politisch aktiver

Belutsche mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit einer Verfolgung durch einen der in § 3c AsylG genannten Akteure ausgesetzt ist.

Die beachtliche Wahrscheinlichkeit einer landesweiten Verfolgung für Belutschen, die sich aktiv für die Unabhängigkeitsbewegung einsetzen, ergibt sich aus einer Gesamtschau verschiedener, gegen die Belutschen gerichteter Maßnahmen durch die pakistanischen Sicherheitskräfte. Diesbezüglich führt das Bundesamt für Asyl und Fremdwesen der Republik Österreich in seinem Länderinformationsblatt der Staatendokumentation Pakistan vom 22. März 2017 aus, belutschische Aufständische kämpften um mehr politische Autonomie und größere Kontrolle über die Bodenschätze. Die pakistanischen Sicherheitskräfte gingen gegen Belutschen vor, von den vermutet werde, dass sie Teil der nationalistischen Bewegung seien. Im Kontext der Bekämpfung der separatistischen Gewalt in Belutschistan hielten Berichten zufolge Verschwindenlassen, Folter und außergerichtliche Tötungen durch die Sicherheitskräfte von bewaffneten Separatisten und Aktivisten weiterhin in einem Klima der Straflosigkeit an. Die Human Rights Commission of Pakistan (HRCP) habe berichtet, dass es im Jahr 2014 106 Fälle von „Verschwindenlassen“ aus der Provinz Belutschistan gegeben habe.

Im Artikel „Vergessenes Belutschistan“ - Quantara vom 28. Mai 2015 - wird erläutert, dass in den letzten Jahren in der Region Belutschistan Militärorganisationen regelrecht aus dem Boden geschossen seien, genauso wie zahlreiche Polizeistationen. Abgesehen davon agierten paramilitärische Gruppierungen, die im Interesse Islamabad handeln und Jagd auf belutschische Aktivisten und Politiker machen würden. Berichten zufolge würden ganze 21.000 Menschen als vermisst gelten (vgl. hierzu auch VG Potsdam, Urteil vom 31. Mai 2016 - VG 11 K 1714/15.A -; VG Giessen, Urteil vom 9. Juni 2017 - 5 K 107/15.GI.A -).

Das Auswärtige Amt führt in einer Auskunft an das VG Wiesbaden vom 6. Juli 2017 aus, es gebe eine Vielzahl von Organisationen, die sich die Unabhängigkeit Belutschistans von Pakistan zum Ziel gesetzt hätten. Die Hauptorganisationen würden aus den USA und Großbritannien agieren. In Belutschistan würden sie im Untergrund handeln, da ihnen als separatistisch eingestuftem Gruppierung von pakistanischen Behörden und Sicherheitskräften Verfolgung drohe. Es sei nicht auszuschließen, dass sich Asylbewerber im Ausland unter

Nachfluchtgesichtspunkten zu diesen Organisationen hingezogen fühlen könnten. Die Beobachtung dieser Personen durch den pakistanischen Staat könne nicht ausgeschlossen werden.

Dies zugrunde gelegt ist beachtlich wahrscheinlich, dass politisch aktive Belutschen, die für die Unabhängigkeit von Belutschistan kämpfen, eine Verfolgung durch in § 3 AsylG genannte Akteure droht. Insbesondere ist auch davon auszugehen, dass die exilpolitische Betätigung für belutschische Unabhängigkeitsbewegungen in Deutschland einen Nachfluchtgrund i.S.d. § 28 AsylG darstellt, soweit diese Betätigung einer festen, bereits im Herkunftsland erkennbar betätigten Überzeugung entspricht.

Ausweislich des bei den Akten befindlichen Parteiausweises (Bl. 90 d. Verwaltungsakte) ist der Kläger seit dem [REDACTED] 2009 Mitglieder der BNM. Weiter ist das Gericht nach seinem glaubhaften Vortrag in der mündlichen Verhandlung davon überzeugt, dass er sich bereits in Pakistan aktiv für seine Partei und die belutschische Unabhängigkeitsbewegung eingesetzt hat, etwa durch Aufhängen von Plakaten, Flyer verteilen und den Besuch von Veranstaltungen. Auch legte er fundiert und glaubhaft in der mündlichen Verhandlung dar, in Deutschland weiter politisch aktiv zu sein. Hierzu legte Lichtbilder von der Teilnahme an Veranstaltungen in Göttingen und in Hannover vor. Zudem schilderte er, dass von den Demonstrationen und deren Teilnehmern Lichtbilder gemacht würden, die öffentlichkeitswirksam auf der Internetseite seiner Partei gezeigt würden.

Das Gericht ist nach dem Vortrag des Klägers in der mündlichen Verhandlung und dem von ihm gewonnenen persönlichen Eindrucks davon überzeugt, dass er aktives Mitglieder der BNM in Pakistan war und weiterhin in Deutschland ist. Aufgrund dessen, besteht für den Kläger in seinem Herkunftsland mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit die Gefahr einer Verfolgung. Eine Fluchtalternative gem. § 3e AsylG besteht nicht, da dem Kläger aufgrund seiner politischen Aktivitäten in

Pakistan und seiner exilpolitischen Aktivitäten in Deutschland eine staatliche Verfolgung droht, vor welcher er in keinem Landesteil Pakistans Schutz finden kann.

Dem Kläger steht nach alledem ein Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gem. § 3 Abs. 1 AsylG zu.

Des Weiteren ist die, die Gewährung subsidiären Schutzes und das Vorliegen eines Abschiebungsverbotes nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG verneinende Entscheidung der Beklagten aufzuheben, weil eine Prüfung, ob im Falle des Klägers subsidiärer Schutz zu gewähren ist oder Abschiebungsverbote vorliegen, zu unterbleiben hat. Gemäß § 31 Abs. 3 Satz 2 AsylG kann das Bundesamt von einer Feststellung von Abschiebungsverböten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG absehen, wenn der Ausländer als Asylberechtigter anerkannt oder ihm internationaler Schutz im Sinne des § 1 Abs. 1 Nummer 2 AsylG, das heißt die Flüchtlingseigenschaft, zuerkannt wird. Vorliegend ist - wie ausgeführt - dem Kläger die Flüchtlingseigenschaft zuzuerkennen, so dass die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 31 Abs. 3 Satz 2 AsylG erfüllt sind. Dies hat zur Folge, dass eine Verpflichtung der Beklagten, eine Entscheidung über die Zuerkennung subsidiären Schutzes und die Feststellung zum Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG zu treffen, nicht in Betracht kommt. Ungeachtet dessen ist aber die, die Gewährung subsidiären Schutzes und das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs.5 und Abs. 7 AufenthG verneinende Entscheidung der Beklagten aufzuheben, da von einer sachlichen Entscheidung hinsichtlich dieser Bestimmungen abzusehen ist. Zwar spricht der Wortlaut des Gesetzes, wonach von einer Entscheidung abgesehen werden kann, dafür, dass der Behörde diesbezüglich Ermessen eingeräumt ist und sie von daher berechtigt ist, eine Entscheidung gem. § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG zu treffen. Indes muss Berücksichtigung finden, dass bei einer Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, die Zuerkennung subsidiären Schutzes oder eine Bejahung des Vorliegens von Abschiebungshindernissen nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG nicht geeignet ist, dem Ausländer im Verhältnis zu der für ihn positiven Entscheidungen in Bezug auf die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, irgendeinen Vorteil zu bringen. Von daher ist regelmäßig das Ermessen der Beklagten in diesen Fällen dahin reduziert, dass aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung von einer Feststellung

des Vorliegens der Voraussetzung für die Gewährung subsidiären Schutzes und von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG abzusehen ist.

Demzufolge ist – wie beantragt – die, die Gewährung subsidiären Schutz und das Vorliegen der Voraussetzungen des § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG verneinende Entscheidung der Beklagten aufzuheben, um den insoweit zu Lasten des Klägers bestehenden Rechtsschein zu beseitigen.

Des Weiteren erweist sich die dem Kläger gegenüber ergangene Abschiebungsandrohung als rechtswidrig.

Gemäß § 34 Abs. 1 Satz 1 AsylG setzt ein Erlass einer Abschiebungsandrohung nach den §§ 59 und 60 Abs. 10 AufenthG unter anderem voraus, dass der Ausländer nicht als Asylberechtigter anerkannt wird und ihm auch die Flüchtlingseigenschaft nicht zuerkannt wird. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Entscheidung des Gerichts über die Rechtmäßigkeit dieser Abschiebungsandrohung ist gemäß § 77 Abs. 1 AsylG die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung des Gerichts. Da der Kläger, wie oben festgestellt, einen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft hat, erweist sich die Abschiebungsandrohung deshalb als rechtswidrig und verletzt ihn in seinen Rechten.

Schließlich ist auch Ziffer 6. des angegriffenen Bescheides aufzuheben. Zwar ist der Kläger weder ausgewiesen worden, noch droht ihm wegen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft die Abschiebung. Das gesetzliche Einreise- und Aufenthaltsverbot greift in seiner Person daher gerade nicht ein. Die Aufhebung erfolgt vielmehr auch insoweit zum Zweck der Klarstellung, um dem Rechtsschein eines Einreise- und Aufenthaltsverbotes mit einer Befristung von 30 Monaten zu begegnen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 154 Abs. 1 VwGO. Gerichtskosten werden gemäß § 83b AsylG nicht erhoben.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit des Urteils wegen der Kosten folgt aus § 167 VwGO i.V.m. §§ 708 Nr. 11, 711 ZPO.

Rechtsmittelbelehrung

Die Beteiligten können **innerhalb eines Monats** nach Zustellung dieses Urteils die **Zulassung der Berufung** durch das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz **beantragen**. Dabei müssen sie sich durch einen Rechtsanwalt oder eine sonstige nach Maßgabe des § 67 VwGO vertretungsbefugte Person oder Organisation vertreten lassen.

Der Antrag ist bei dem **Verwaltungsgericht Trier**, Egbertstraße 20a, 54295 Trier, schriftlich oder nach Maßgabe des § 55a VwGO als elektronisches Dokument zu stellen. Der Antrag muss das angefochtene Urteil bezeichnen. In dem Antrag sind die **Gründe**, aus denen die Berufung zuzulassen ist, **darzulegen**. Die Berufung kann nur zugelassen werden, wenn

1. die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat,
2. das Urteil von einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz, des Bundesverwaltungsgerichts, des Gemeinsamen Senates der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht oder
3. ein in § 138 VwGO bezeichneter Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt.
